

01.07.2014

## Kleine Anfrage 2421

des Abgeordneten André Kuper CDU

### Schleichender Substanzverzehr der kommunalen Infrastruktur in NRW

Eine aktuelle Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung beschreibt die fehlenden Investitionen der Kommunen in die Infrastruktur.

So hätten vor allem Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen oder dem Saarland im vergangenen Jahr pro Einwohner im Durchschnitt nicht einmal halb so viel in ihre Infrastruktur investieren können wie in Hamburg, Bayern oder Baden-Württemberg. Die Wissenschaftler sehen Bund und Länder in der Pflicht. Sie sollen mit Zuschüssen für die Sanierung von Straßen und Schulen einspringen.

Seit elf Jahren würden die Investitionen des Staats in Infrastruktur und öffentliche Gebäude nicht mehr ausreichen, um den Wertverfall zu kompensieren, erklärt die finanzpolitische Expertin des IMK dazu. Dies bedeute nichts anderes als einen schleichenden Substanzverzehr. Seit 2003 hätten die Abschreibungen die Bruttoinvestitionen um 42 Milliarden Euro übertroffen, der kommunale Anteil an den gesamten staatlichen Investitionen sei zwischen 1991 und 2012 von knapp 64 auf gut 50 Prozent zurückgegangen.

Die kommunalen Ausgaben stiegen von 1991 bis 2013 um 74 Prozent, die Sozialausgaben aber um 161 Prozent. Spiegelbildlich dazu sei der Anteil der kommunalen Investitionen gesunken. Die Ökonomin des IMK betonte aber, dass der Bund durch die Grundsicherungsübernahme die kommunalen Haushalte flächendeckend entlastet werden.

Damit finanzschwache Kommunen wieder mehr investieren können, sollten Bund und Länder ihr Engagement noch verstärken, empfiehlt die IMK-Forscherin. Auf keinen Fall dürften die Länder die finanziellen Restriktionen der Schuldenbremse an Städte und Gemeinden weitergeben, warnt die Ökonomin.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Gefahr eines Substanzverzehrs der kommunalen Infrastruktur?

Datum des Originals: 27.06.2014/Ausgegeben: 02.07.2014

2. Laut Gutachten stiegen die kommunalen Ausgaben von 1991 bis 2013 um 74 Prozent, die Sozialausgaben aber um 161 Prozent. Spiegelbildlich dazu sei der Anteil der kommunalen Investitionen gesunken. Wie verhält sich das Ausgabenniveau der Kommunen in NRW in dem genannten Zeitraum?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Empfehlung der Forscherin des IMK, dass auch die Länder ihr Engagement verstärken sollten?
4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung um den Verzehr der Substanz der Infrastruktur in den Kommunen zu beenden?
5. Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um die kommunalen Investitionen anzukurbeln?

André Kuper